

Politiker: Humanitäre Hilfe ohne Militär unmöglich

Entwicklungs- und verteidigungspolitische SPD-Sprecher diskutierten mit Marburgern über Afghanistan-Einsatz

von Carina Becker

Marburg. Zum Ende hin wäre die Diskussion über die Auslegung des Begriffs Krieg fast noch in den Mittelpunkt der Veranstaltung gerückt – aber eben nur fast. Insgesamt behandelten SPD-Bundespolitiker und rund 40 Besucher gestern Abend in Marburg während einer Diskussion zum hochumstrittenen Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr noch mehr Fragen als nur die, ob sich Deutschland am Hindukusch nun an einem militärischen Einsatz beteilige oder schlicht an einem Krieg.

Eingeladen hatte der Marburger SPD-Bundestagsabgeordnete Sören Bartol. Er empfing seine Fraktionskollegen Rainer Arnold, verteidigungspolitischer Sprecher, und Dr. Sascha Raabe, entwicklungspolitischer Sprecher. Alle drei SPD-Vertreter verteidigten die deutsche Beteiligung am Afghanistan-Einsatz

hartnäckig gegen kritische Stimmen aus dem Publikum. Dessen Nachfragen und Anmerkungen wiederum standen beispielhaft für das, was die meisten Deutschen denken: 70 Prozent aller Bundesbürger sind gegen den Einsatz der Bundeswehr am Hindukusch.

Nach Raabes Erfahrung bröckelt diese mehrheitliche Haltung jedoch schnell, sobald man tiefer in die Diskussion einsteigt. „Wenn wir die Bundeswehr aus Afghanistan abziehen, müssen wir auch unsere humanitäre Hilfe einstellen, weil etwa Schulen, die wir dort gebaut haben, dann bald wieder zerstört werden.“

Einen Schwerpunkt bildete der Austausch über die Rolle und die tatsächliche Macht der Taliban. Unter den Besuchern war Mohammad Ghafury aus Afghanistan, der zurzeit in Marburg lebt. Er erklärte, dass die Regierung in seinem Heimatland ein größeres Problem dar-



Diskutierten gestern über den Afghanistan-Einsatz (von links): die SPD-Bundespolitiker Dr. Sascha Raabe, Sören Bartol und Rainer Arnold.

Foto: Carina Becker

stelle als die Taliban. Ghafury prangerte afghanische Regierungsmitglieder an, die sich für die Rechte der in Afghanistan teils noch sehr benachteiligten

Frauen einsetzen sollten, jedoch nicht einmal ihren eigenen Frauen grundlegende Rechte zugeständen. Er sah kaum Chancen für echte Veränderungen in dem von Terror gebeutelten Land, solange es sich bei den Machthabern selbst um rückwärts gewandte Fanatiker handele. Die Problemlage in Afghanistan beschrieb Ghafury als „Krieg zwischen Moderne und Barbarei“.

Ein anderer Besucher sah das Problem darin, dass die internationalen Truppen die Taliban bekämpften, anstatt sie in einen Veränderungsprozess einzubinden. Dafür sah Verteidigungspolitiker Arnold jedoch keine Chance. „Mit denen kann man nicht verhandeln“, sagte er und erklärte: „Das sind Menschen, die Zettel verteilen, auf denen steht: Wer sein Mädchen zur Schule schickt, der wird zum Tode verurteilt.“ Etwa zehn Prozent der Bevölkerung sympathisierten mit den Taliban, die

man als fundamental-islamistische Aufständische bezeichnen müsse. Ihr Ziel sei ein Gottesstaat und Unterdrückung. „Deshalb müssen wir Härte gegenüber diesem harten Kern zeigen und Loyalität gegenüber den anderen Menschen in Afghanistan“, sagte Arnold.

Einig waren sich die SPD-Politiker darin, dass die jetzige Strategie der Bundeswehr die richtige sei. Arnold beschrieb sie so: „Erkannte Terroristen gemeinsam mit der afghanischen Armee festnehmen – wenn es sein muss, auch im Gefecht.“ Einig waren sie sich auch darin, dass es keine Chance zur Befriedung und positiven Weiterentwicklung in dem Land gebe, als die eines miteinander verzahnten militärisch-humanistischen Einschreitens anderer Nationen. Davon könne sich Deutschland allein aus Solidarität, aber auch aufgrund von wirtschaftlich-gestalterischen Interessen, nicht ausschließen.

Fenster schließen

Ausschnitt drucken